

Atomausstieg



Das Schweizer Stromnetz muss aus- und umgebaut werden, damit elektrische Geräte auch künftig mit Strom versorgt werden.

Kantone wollen Stromkonzerne entmachten

Die Kantone erwägen den Kauf der nationalen Netzgesellschaft Swissgrid. Sie wollen direkt mitreden beim Ausbau der Stromleitungen – einem zentralen Pfeiler des Atomausstiegs.

Sarah Nowotny

Will die Schweiz tatsächlich aus der Atomenergie aussteigen, sind die Stromleitungen der Schlüssel. Deshalb überlegen sich die Kantone nun, die nationale Netzgesellschaft Swissgrid zu übernehmen. Heute gehört Swissgrid den grossen Stromkonzernen. Die Kantone sind über ihre Beteiligungen an den Energieversorgern nur indirekt Eigentümer des nationalen Übertragungsnetzes. Sollten sie direkt in die Geschicke der Netzgesellschaft eingreifen, käme dies einer teilweisen Entmachtung der Konzerne gleich. «Es ist nicht sinnvoll, das Stromnetz den Energiekonzernen zu überlassen. Wir wollen uns besser einbringen können», bestätigt Beat Vonlanthen, Präsident der Konferenz kantonalen Energiedirektoren. Deshalb prüfen die Energiedirektoren nun mit den kantonalen Finanzdirektoren den Kauf von Swissgrid-Aktien – Kosten und Modalitäten sind allerdings noch unklar.

Gegen Konzerninteressen

Der Plan, aus dem Übertragungsnetz ein staatliches Monopol zu machen, ist nicht neu. Schon bei der Ausarbeitung des Stromversorgungsgesetzes 2007 stand dies zur Debatte – nicht zuletzt, weil auch die EU im Rahmen der Strommarktliberalisierung eine Trennung von Netzen und Produktion for-

Atomstrom verteuern

Eine «Risikoprämie» von fünf Rappen pro Kilowattstunde soll künftig Atomstrom künstlich verteuern, eine «Netzprämie» von einem Rappen Wasserstrom. Diesen Vorschlag will der Wirtschaftsverband Swisscleantech am 6. Juni der Öffentlichkeit präsentieren. Mit dem Geld solle ein Fonds für Forschung, Netzausbau und die Förderung erneuerbarer Energien geüffnet werden, sagt Swisscleantech-Präsident Nick Beglinger gegenüber der «NZZ am Sonntag». Ab 2020 brauche es dann eine ökologische Steuerreform, damit der Atomausstieg zu schaffen sei. (sno.)

dert. Bisher ist die direkte Übernahme der wichtigsten Stromleitungen durch den Staat indes am Widerstand der Stromwirtschaft und ausgerechnet auch der Kantone gescheitert. Doch nun wird die Kritik an den heutigen Strukturen der Netzgesellschaft lauter. «Solange Swissgrid einzelnen Energieproduzenten gehört, gestalten diese den Netzausbau nach ihren Interessen», sagt David Thiel, Chef der Industriellen Werke Basel. So sei in den letzten zehn Jahren die Netzkapazität an der Schweizer Südgrenze verdoppelt worden, im Norden habe hingegen kein genügender Ausbau stattgefunden. «Der Grund ist offensichtlich ein wirtschaftlicher: Der Strom aus Nordeuropa kann im Süden des Kontinents gewinnbringend verkauft werden.» Stünde hingegen die Versorgungssicherheit der Schweiz im Vordergrund, müssten die Kapazitäten an der Nordgrenze ausgebaut werden. Ein weiteres Problem ist, dass es sehr lange dauert, bis

neue Leitungen entstehen. «Der Planungshorizont beträgt heute 15 Jahre», sagt Martin Schmid, Bündner Finanzdirektor. Daran drohe gar der Atomausstieg zu scheitern. Klar ist: Im Stromnetz muss die Spannung konstant sein. Sobald die Schweiz vermehrt auf Wind- und Solarenergie setzt, die nur unregelmässig anfällt, steigt mit den heutigen Leitungen die Gefahr von Stromausfällen. «Könnten die Kantone stärker Einfluss nehmen, liessen sich die nötigen Anpassungen schneller vornehmen», sagt Schmid. «Zudem gäbe es wohl weniger Einsparungen von Anwohnern, wenn direkt der Staat hinter dem Ausbau stünde.»

Swissgrid-Chef für Übernahme

Swissgrid-Chef Pierre-Alain Graf würde sich nicht gegen die Übernahme durch den Staat wehren. «Wir brauchen Entscheidungen im Sinne des ganzen Landes. Zudem wird der Ausbau rund sechs Milliarden Franken kosten – neue Aktionäre erhöhen unser Eigenkapital», sagt er. Allerdings gibt es auch skeptische Regierungsräte. «Wären die Kantone direkt an Swissgrid beteiligt, müssten sie selbst Milliarden in den Netzausbau stecken. Dieses Geld gebe ich lieber für anderes aus», sagt Christian Wanner, Solothurner Finanzdirektor und Vizepräsident im Verwaltungsrat des Stromkonzerns Alpiq. Auch Urs Meister, der sich bei der Denkfabrik Avenir Suisse mit Swissgrid befasst, glaubt, dass sich das Engagement der Kantone finanziell nicht unbedingt lohnen würde. «Auser, sie wollen ihre Stromkonzerne verkaufen. Dann müssten sie sogar Swissgrid-Aktien kaufen. Denn zumindest indirekt muss die Netzgesellschaft dem Staat laut Gesetz gehören.»

Leutenegger: «Volk soll entscheiden.»

oder ausschliessen, muss jede Technologie wieder eine Chance haben». Mit einer zweiten Motion will die FDP zudem den Vorstoss des Walliser CVP-Nationalrats Roberto Schmidt in einigen Punkten korrigieren, die den

«Im Import wird immer Atomstrom dabei sein»

Energieministerin Doris Leuthard setzt beim Atomausstieg auf den Faktor Zeit: Bis in zehn Jahren Mühleberg vom Netz gehe, ändere sich nichts, sagt sie. Für die Zeit danach vertraut sie auf den technologischen Fortschritt. Doch eine Schweiz ohne Atomstrom hält sie für eine Illusion

NZZ am Sonntag: Adolf Ogi hat 1988 erklärt, wie man stromsparend Eier kocht. Wissen Sie noch, wie es geht?
Doris Leuthard: Ich koche selten Eier. Und wenn, verwende ich einen Eierkocher. Die sind energiesparender als das Kochen in der Pfanne.

Wie werden Sie in Zukunft Ihren Stromverbrauch reduzieren?

Wir haben bereits eine Wärmepumpe und heizen zeitweise mit dem Cheminée. Aber man kann in jedem Haushalt mehr machen. Oft verwendet man Energie durch Unachtsamkeit, etwa dann, wenn man die Dusche lange laufen lässt.

Sie wollen die Zunahme des Stromverbrauchs bremsen, ohne Verzicht. Streuen Sie den Leuten Sand in die Augen?

Nein. Wenn zum Beispiel TV-Geräte praktisch keinen Strom mehr verbrauchen, spielt es keine grosse Rolle, ob man ein oder zwei Geräte besitzt. Ich will keinen Staat, der den Bürgern vorschreibt, wie viele Geräte sie haben dürfen. Heute geht aber viel Energie verloren, ohne dass wir es merken. Hier lässt sich durch technischen Fortschritt viel herausholen.

Wann kamen Sie zur Überzeugung, dass der Atomausstieg möglich ist?

Wir haben uns schon lange mit diesen Fragen befasst. Schon vor dem Unglück in Fukushima, Anfang 2011, haben wir mit der Überarbeitung der Energieperspektiven 2007 begonnen. Heute befinden wir uns in einer Phase, in der wir entscheiden müssen, ob 6 bis 7 Milliarden Franken in ein neues Kernkraftwerk investiert werden sollen und ob wir dann nochmals für 50 Jahre an die Kernkraft gebunden sind oder ob wir in Alternativen investieren wollen.

Sie sassen im Verwaltungsrat eines Stromkonzerns und waren Mitglied des Nuklearforums. Nochmals: Wann haben Sie Ihre Meinung geändert?

Ich rechne und schaue genau hin. Zudem bin ich nicht gegen die Kernkraft-Technologie, sonst hätten wir die bestehenden Werke sofort abstellen müssen. Ohne Fukushima hätten wir wohl 2013 über ein neues Kernkraftwerk diskutieren müssen. Dieses ersetzen wir jetzt schrittweise durch mehr Effizienz und erneuerbare Energieträger. Manche Kreise erwecken

den Eindruck, als würden wir sofort aussteigen. Dabei haben wir einen Zeithorizont von 25 bis 30 Jahren. Ich bin überzeugt, dass wir das schaffen, wenn wir diesen Zeithorizont klug nutzen.

Kritiker sehen ein Technologieverbot.

Das ist eine besondere Interpretation. Wenn sich das Parlament im Juni für den Ausstieg ausspricht, ist das ein Auftrag an den Bundesrat, den wir im Gesetz verankern müssen. Aber wer kann heute sagen, wie sich die Technologie entwickelt? Sollte etwa in 30 Jahren die Kernfusion gelingen und sollten die Vorteile der Atomenergie wieder überwiegen, könnte man das Gesetz erneut anpassen. Heute entscheiden wir aber aufgrund der heutigen Fakten, und die sprechen gegen neue, teure Investitionen in die verfügbare Kerntechnologie.

Sie lassen ein Türchen offen?

Wir haben jetzt den klaren Entschluss gefällt, auf neue Kernkraftwerke zu verzichten. Denn bei der Kernkraft werden die Kosten massiv ansteigen, während die erneuerbaren Energien immer günstiger werden.

Zu dieser Einschätzung hätten Sie vor Fukushima kommen können.

Nein, das hat durchaus mit Fukushima zu tun. Wie nach jedem gravieren Unfall werden auch jetzt die Sicherheitsstandards erhöht. Kühlsysteme, die in Japan zu Problemen führten, müssen auch hier nachgerüstet werden. Allein für Mühleberg geht es um einen hohen Millionenbetrag. Kernkraftwerke werden dadurch auch im Betrieb teurer, das wird sich ebenfalls auf den Strompreis auswirken.

Mit dem Ausstieg aus der Atomkraft steigt der Strompreis aber noch stärker, die Rede ist von 15 Prozent bis 200 Prozent. Was gilt nun eigentlich?

Können Sie mir sagen, wie viel ein Barrel Erdöl in 20 Jahren kostet? Wir

«Sollten die Vorteile der Atomenergie wieder überwiegen, könnte man das Gesetz erneut anpassen.»

haben Schätzungen gemacht und gehen von einem zusätzlichen Preisanstieg von 15 Prozent aus. Sicher ist, dass die Kosten für das Stromnetz steigen. Da sind wir im Rückstand. Die Netzbesitzer haben in den letzten zehn Jahren lediglich Hochspannungsleitungen über 200 Kilometer gebaut; nötig wären 1000 Kilometer. Das wirkt sich auf den Preis stärker aus als der Verzicht auf die Kernkraft.

Im Jahr 2020 laufen die Lieferverträge für französischen Atomstrom aus. Auch den muss man ersetzen.

Wir können weiterhin Strom importieren. Etliche Stromunternehmen investieren bereits heute im Ausland. Im Import wird immer ein Anteil Atomstrom dabei sein. Da darf man sich keinen Illusionen hingeben.

Das ist Doppelmoral: In der Schweiz wollen wir keine AKW, aber aus dem Ausland importieren wir Atomstrom.

Heute werden rund 17 Prozent des Stroms importiert. Stört es Sie, dass auch Atomstrom dabei ist? Wir dürfen nicht heucheln und sagen, wir seien Atomstrom-frei.

Auch Umweltverbände melden Vorbehalte an. Pro Natura bemängelt, beim geplanten Ausbau der Wasserkraft zähle nur die technische Machbarkeit.

Das stimmt nicht. Hätten wir das technische Potenzial bei der Wasserkraft ausschöpfen wollen, hätten wir viel weiter gehen und weitere Ebenen überfluten können. Wir haben nicht vor, den Gewässerschutz in Frage zu stellen. Die grossen Stromkonzerne haben aber recht: Viele ihrer Projekte sind in letzter Zeit durch Einsparungen blockiert worden. Deshalb müssen wir schauen, wie sich Verfahren beschleunigen lassen.

Sie wollen Einsparungsmöglichkeiten beschränken?

Nein. Aber heute müssen in viele Bewilligungsverfahren alle drei staatlichen Ebenen einbezogen werden. Hier können Zuständigkeiten zusammengeführt werden. Konflikte bestehen und sollen ausdiskutiert werden. Aber von Umwelt- und Landschaftsschützern erwarte ich Pragmatismus und konstruktive Zusammenarbeit.

Der Ausstieg aus der Kernkraft geht kaum ohne Gaskraftwerke. Gibt die

Schweiz ihre ehrgeizigen Ziele bei der Klimapolitik auf?

Der Bundesrat rückt nicht von seinen Klimazielen ab. Allerdings sind die Kompensationsbedingungen im CO₂-Gesetz vom Parlament nochmals zu diskutieren. Wir dürfen den Faktor Zeit nicht vergessen: In den nächsten zehn Jahren, bis Mühleberg abgestellt wird, passiert wohl kaum etwas. Schwieriger wird es, wenn Gösigen wegfällt, also frühestens 2030. Bis da erwarte ich aber einen grossen Technologiesprung bei erneuerbaren Energien. Ohne Gas als Überbrückung wird es dennoch nicht reichen. Allerdings kommt es auf die Art der Kraftwerke an: Wärme-Kraft-Koppelung oder kleine, dezentrale Gaskraftwerke fallen fürs Klima weniger ins Gewicht.

Beim Gas stellt sich die Frage der Versorgungssicherheit. Die Nachfrage wird international steigen, und die meisten Lieferländer gelten nicht als zuverlässig.

Heute macht Gas zwölf Prozent unseres Energiemix aus. Wir hatten mit den Gaslieferungen noch nie ein Problem. Und man entdeckt weltweit neue Gasvorkommen, so in Norwegen.

Entscheidend für die Versorgungssicherheit ist auch das Abkommen mit der EU. Wie geht es da weiter?

Wenn uns die institutionellen Fragen nicht in die Quere kommen, wollen wir dieses noch im Herbst abschliessen. Es ist vor allem für den Anschluss an die internationalen Stromnetze sehr wichtig.

Eine Abstimmung im Kanton Bern hat gerade gezeigt, dass das Volk Nein sagt, wenn es für Strom mehr bezahlen muss.

Wie gesagt, der Strompreis steigt auch ohne Verzicht auf Kernkraftwerke. Indem wir aber früh auf alternative Energien und Effizienz setzen, können wir im Bereich von Forschung und Innovation einen Vorsprung herausholen und uns ein Stück von einem riesigen Markt abschneiden. Die Leute wollen mehr erneuerbare Energien. Das zeigen mir auch die vielen positiven Rückmeldungen diese Woche.

Sie spüren eine Aufbruchstimmung?

Ja. Darum war es auch wichtig, jetzt zu entscheiden und nicht ein Moratorium zu beschliessen. Moratorien sind immer Denk- und Investitionshemmer. Interview: Stefan Bühler, Sarah Nowotny



«Viele positive Rückmeldungen»: CVP-Bundesrätin Doris Leuthard im Sitzungszimmer, Bundeshaus Nord. (Bern, 27. Mai 2011)

FDP fordert eine Volksabstimmung

Mit einem Vorstoss will die FDP sicherstellen, dass das Volk über den endgültigen Ausstieg aus der Atomkraft entscheidet – spätestens bis im Jahr 2025.

Stefan Bühler

Die FDP klärt ihre Position in der aktuellen Debatte über den Ausstieg aus der Atomenergie. Mit einer Motion fordert sie vom Bundesrat, bis spätestens im Jahr 2025 eine Volksabstimmung über dieses Thema durchzuführen. «Eine so wichtige Entscheidung sollte wie immer vom Volk getroffen werden», sagt FDP-Nationalrat Filippo Leutenegger. Er hat zusammen mit der Parteileitung den Vorstoss ausgearbeitet und wird ihn am Dienstag der FDP-Fraktion präsentieren.

Die FDP unterstütze das Ziel des Bundesrats, «keine neuen Rahmenbewilligungen für AKW mit der heutigen Technologie zu gewähren», sagt Leutenegger.

tenegger. Die Restrisiken seien zu hoch, «das muss man seit Fukushima nüchtern feststellen und lässt sich kaum bestreiten». Doch ist die FDP laut Vorstoss dagegen, dass der Bundesrat der technologischen Entwicklung die Türe nun ganz verschliesst: «Es handelt sich um ein inakzeptables Diktat der Politik über Wissenschaft und Forschung», heisst es dazu im Vorstoss. Bei einer Abstimmung spätestens 2025 könne das Volk hingegen aufgrund der neusten Erkenntnisse über Kernreaktoren mit neuer Technologie entscheiden. Zudem seien die Kosten für den in den 2030er Jahren anstehenden Ersatz von Gösigen und Leibstadt sowie das Potenzial alternativer Energien und die CO₂-Bilanz eines neuen Strommix besser abschätzbar.

Es sei wie mit der Gentechnologie, erklärt Leutenegger: «Da gibt es ebenfalls Restrisiken, darum muss man gewisse Anwendungen verbieten, aber nicht die ganze Technologie.» Können man die Risiken aber «minimieren



Leutenegger: «Volk soll entscheiden.»

oder ausschliessen, muss jede Technologie wieder eine Chance haben».

Mit einer zweiten Motion will die FDP zudem den Vorstoss des Walliser CVP-Nationalrats Roberto Schmidt in einigen Punkten korrigieren, die den

«schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie» fordert. Schmidts Vorstoss entspricht in den wesentlichen Punkten dem nun vom Bundesrat eingeschlagenen Weg und steht am 8. Juni im Nationalrat zur Debatte. Auch hier drängt die FDP darauf, dass sich der Ausstieg nur auf die heutige Nukleartechnologie bezieht.

Klar ist jetzt schon, dass im Parlament die SVP und wohl die Mehrheit der FDP-Fraktion gegen den sofortigen und vor allem den endgültigen Atomausstieg stimmen werden. Entscheidend dafür, dass die Energiewende im Nationalrat eine Mehrheit finden wird, ist daher hauptsächlich die Partei von Energieministerin Doris Leuthard, die CVP – und dort in erster Linie der rechte Flügel, der sogenannte KMU-Klub. Sein informeller Sprecher, der Berner Norbert Hochreutener, erklärt auf Anfrage, der KMU-Klub werde den Vorstössen, die den Atomausstieg verlangen, «mehrheitlich zustimmen». Er selbst sei froh über den «klaren Ent-

scheid» – auch weil er nun im Wahlkampf nicht jeden Tag erklären müsse, was die CVP in dieser Frage wolle. Ebenfalls zu den Befürwortern zählt der Zürcher Unternehmer Urs Hany. Die Neuausrichtung der Energiepolitik sei «eine schwierige Übung», doch berge sie gerade für das Gewerbe die Chance auf «neue, gute Aufträge».

Klar gegen die eigene Bundesrätin wird hingegen Arthur Loeple, Appenzell Innerrhodens, stimmen: «Das Vorgehen ist ein emotionaler Schnellschuss.» Man hätte nach Fukushima abklären müssen, welche Sofortmassnahmen nötig seien, danach hätte man «in aller Ruhe» Alternativen zur Atomenergie prüfen können. «Ich werde Nein stimmen», sagt Loeple. Doch gehe er davon aus, «dass das Parlament ja sagt, wie bei allem, was grün ist».

Keinen Kommentar zu den offenen Fragen mochte für einmal Gerhard Pfister abgeben, ebenfalls Vertreter des rechten Rands der Partei – und CVP-Wahlkampfleiter.

brüchler@cartier.com - 041 580 90 90

Mon Diamant Par Cartier

Getreu der berühmten Goldschmiedetradition verpflichtet Cartier mit einem neuen Service Ihre Träume. Wählen Sie einen Diamanten und wir fassen ihn in einer Kreation Ihrer Wahl. Ein aussergewöhnlicher Ring für einen einzigartigen Moment.